

**BESCHLUSSBUCH ZUM
FORTSCHRITTPARTEITAG
DER MÜNCHNER SPD
25.03.2023**



DA SEIN FÜR MÜNCHEN



DIGITALISIERUNG

INDUSTRIE



KLIMAGERECHTE WIRTSCHAFT



Inhaltsverzeichnis

Anträge	1
1/1/2023 Zukunft der Daseinsvorsorge – Grundversorgung in einer digitalen und globalisierten Welt	
<i>in geänderter Fassung angenommen</i>	1
2/1/2023 Smart City für Menschen statt Profite für Digitalkonzerne	
<i>in geänderter Fassung angenommen</i>	5
3/1/2023 Der Einfluss der Politik auf die Transformation – als Stadt verändern wie produziert wird?	
<i>in geänderter Fassung angenommen</i>	9

Anträge

1/1/2023

Beschluss

in geänderter Fassung angenommen

Zukunft der Daseinsvorsorge – Grundversorgung in einer digitalen und globalisierten Welt

In einer starken Stadt gibt es verlässlich die Sicherheit, dass für alle Bürger*innen die Güter und Dienstleistungen bereitgestellt werden, die existenziell wichtig sind, um ein gutes Leben zu führen. Das ist nach Auffassung der Sozialdemokratie eine zentrale Aufgabe von Politik:

Politik muss dafür sorgen, dass nicht zur bloßen Ware wird, was nicht zur Ware werden darf: Recht, Sicherheit, Bildung, Gesundheit, Kultur, natürliche Umwelt. Die Demokratie wird sich in Zukunft darin bewähren müssen, dass sie den Zugang zu diesen öffentlichen Gütern gewährleistet, die politische Verantwortung für die Daseinsvorsorge behauptet, die eine gerechte Verteilung von Lebenschancen erst ermöglicht. Das ist in einer Welt knapper werdender Ressourcen mehr denn je erforderlich und darf nicht dem Markt überlassen werden. (Zitat aus dem Hamburger Grundsatzprogramm der SPD, 2007)

In einer sich rasant verändernden Welt ist es gerade für Städte von zentraler Bedeutung globale Entwicklungen zu antizipieren und die Daseinsvorsorge der Zukunft zu sichern. Die Veränderungen der Plattformökonomie, neue Logiken und neue Bedarfe, das Agieren von globalen Unternehmen wie Google, Uber oder Getir gilt es zu verstehen und von der Daseinsvorsorge abzugrenzen. Güter und Dienstleistungen, die existenziell wichtig sind für die Menschen in unserer Stadt, müssen der Marktlogik entzogen werden. Deshalb haben sozialdemokratische Oberbürgermeister sich immer dafür eingesetzt, dass sie in öffentlicher Hand bleiben.

1. **Warum es weiterhin wichtig ist: Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand** Die Menschen in unserer Stadt sollten immer Einfluss auf die Bereitstellung und Verteilung von Gütern und Dienstleistungen nehmen können, die existenziell wichtig für unser Leben sind. Nicht nur mit Appellen und Petitionen, sondern sie sollten durch ihr Wahlrecht direkt die Ausrichtung und die Schwerpunktsetzung mitbestimmen können. Dies ist Teil unseres demokratischen Grundverständnisses. Entgegen aller Versprechen führt der Markt nicht zu einer gerechten Verteilung. Auch deshalb ist es wichtig, dass existenzielle Güter und Dienstleistungen demokratisch organisiert sind. Mit der Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand konnte unsere Stadt ein starkes Gegengewicht zum kapitalistischen Markt aufbauen. **Und deshalb kämpfen wir weiter dafür, dass möglichst viele Wohnungen in städtischer Hand sind und dem freien Markt entzogen werden, um wie in Wien ein noch wirksameres Gegengewicht zu schaffen.** Die Privatisierung von Teilen der Daseinsvorsorge hat die SPD in München immer verhindert und wird das weiterhin tun. Wenn Mitbestimmung über die Daseinsvorsorge möglich ist, stärkt dies das Vertrauen in die Demokratie und zeigt, dass Mitmachen und Mitbestimmen sich lohnt.
2. **Was ist Teil der Münchner Daseinsvorsorge? Gibt es neue Güter und Dienstleistungen, die für die Menschen wichtig sind?** Wichtige Bestandteile der Daseinsvorsorge sind unter anderem aktuell, die Versor-

gung mit Trinkwasser, die Grundversorgung mit Strom und Wärme, die Abfall- und die Abwasserentsorgung, die Straßenreinigung, Friedhöfe und das Bestattungswesen, der Öffentliche Nahverkehr, Kultur, die München-Klinik, Münchenstift, Bildung (Schulen, KITAS und MVHS...), Parks, Spielplätze, Seen und die Isar, die soziale Infrastruktur (z.B. ASZ, Familienzentren, Gesundheitszentren), bezahlbares Wohnen, die hoheitlichen Dienstleistungen der Stadt (z.B. Passausstellung, Bebauungspläne, usw.) sowie Beratung und Information zur Wahrnehmung von Leistungen. Teil der Daseinsvorsorge ist auch, alle genannten Bereiche stets kritisch zu hinterfragen und dann zu erweitern, wenn andere zum Leben wichtige Aspekte aufgrund von gescheiterter Marktlogik nicht mehr zugänglich sind.

3. **Das „Wie“ zählt: Daseinsvorsorge muss gemeinwohlorientiert sein.** Unsere städtische Daseinsvorsorge hat ein Ziel: Das Leben der Münchner*innen besser zu machen. Deshalb reicht es nicht, wenn die Daseinsvorsorge in Öffentlicher Hand ist. Wir bewerten die Daseinsvorsorge nach anderen Kriterien als der rein wirtschaftlichen Logik. Die Gemeinwohlorientierung muss immer deutlich und transparent sein. Die SPD setzt sich dafür ein, dass es in allen Stadtvierteln genügend Hausärzt*innen und Kinderärzt*innen gibt. Deshalb erneuern wir unsere Forderung nach kommunalen MVZ (Medizinischen Versorgungszentren) in Stadtvierteln in denen das nicht funktioniert. Wir wollen wohnortnahe Gesundheits- und Präventionsangebote, damit die gesundheitliche Versorgung nicht vom sozialen Status geprägt ist. Für uns ist es wichtig, dass die Stadt mit der München-Klinik eine bedarfsorientierte Vollversorgung der Menschen in unserer Stadt sichert und nicht nur finanziell lukrative Behandlungen anbietet. Im Gegenteil zu den privaten Klinikkonzernen, die ihr Angebot an der Gewinnmaximierung ausrichten zu Lasten der Allgemeinheit. Gesundheit ist keine Ware. Wir lehnen die Ökonomisierung des Gesundheitssystems und allen anderen Bereichen der Daseinsvorsorge grundsätzlich ab. Wenn Teile der Infrastruktur, die wir als Daseinsvorsorge begreifen, privatwirtschaftlich und mit Kapitalinteresse betrieben werden, führt das zu einer Mehrbelastung der Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand, da diese die unprofitablen Aspekte der Versorgung gewährleisten muss. Eine gemeinwohlorientierte Daseinsvorsorge muss auch Gute Arbeit bieten. Deshalb setzen wir uns für gute Arbeitsbedingungen und gerechte Löhne ein. **Wir unterstützen die Forderung der Gewerkschaft nach einem wirklichen Inflationsausgleich und gerechten Löhnen.** Der Fachkräftemangel ist auch in der Daseinsvorsorge spürbar, ganz besonders in der Pflege. Einer der wichtigsten Schlüssel, um den Fachkräftemangel zu bekämpfen, ist es bezahlbares Wohnen zu schaffen. Dafür nutzt die SPD alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente. Die Stadt und ihre Töchter schaffen Werkwohnungen, gemeinsam mit der DGB-Jugend und dem KJR hat die Stadt auf Initiative der SPD das AzubiWerk gegründet, und wir haben den KMB-Daseinsvorsorge eingeführt. Daran werden wir weiterarbeiten. Wir wollen Begeisterung dafür wecken, in der Daseinsvorsorge zu arbeiten und die Zukunft der Stadt zu gestalten. Dementsprechend müssen Jobs in der Daseinsvorsorge attraktiv sein.
4. **Zugang und Teilhabe für alle.** Alle müssen sich die Güter und Dienstleistungen der Daseinsvorsorge leisten können und am kulturellen Leben der Gesellschaft teilnehmen können. Wir haben in den letzten Jahren viele gute Projekte umgesetzt: wie zum Beispiel die kostenlose Kinderbetreuung, den Wärmefonds, das 365 Euro Ticket für Schüler*innen und Auszubildende, den kostenlosen Freibadeintritt für Kinder bis 12 Jahren und für Münchenpassbesitzer*innen, den Ferienpass und kostenlose Kulturangebote für alle. Daran arbeiten wir weiter, damit alle teilhaben können. Wir begreifen es jedoch als Aufgabe der Sozialdemokratie, Menschen nicht nur vor den Auswirkungen des Kapitalismus zu schützen, sondern die zugrundeliegenden Mechanismen grundsätzlich in Frage zu stellen und insbesondere die arbeitenden Menschen zu ermächtigen, sich demokratisch an den Fragen der Ausgestaltung der Gesellschaft zu beteiligen. Es ist wichtig, dass die Daseinsvorsorge auskömmlich finanziert wird und nicht durch Bund und Freistaat zu Tode gespart wird. Die Daseinsvorsorge ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die Idee

sie komplett durch Gebühren zu finanzieren, führt zu Leistungseinschränkungen oder den Ausschluss von Menschen mit geringem Einkommen. Dies zeigt sich aktuell besonders beim Öffentlichen Nahverkehr. Der Ausbau, der für die Verkehrswende notwendig ist, kann nicht mit den Ticketeinnahmen gestemmt werden. Hier brauchen wir die Unterstützung von Freistaat und Bund oder dass die **Möglichkeit geschaffen wird, wie in Wien eine Dienstgeberabgabe oder zumindest eine ÖPNV-Abgabe zu erheben.**

5. **Verbündete der Daseinsvorsorge.** Die Öffentliche Hand braucht Verbündete, um mit der Daseinsvorsorge das Leben der Menschen besser zu machen. Traditionelle Verbündete sind gemeinnützige und gemeinwohlorientierte Organisationen, wie die Wohlfahrtsverbände, ohne die die Stadt den Auftrag nicht erfüllen könnte. Wichtige Unterstützer*innen sind Organisationen, in denen sich Menschen zusammengeschlossen haben, um gemeinsam und solidarisch etwas zu erreichen, wie die Genossenschaften. Gerade auf dem umkämpften Münchner Wohnungsmarkt wollen wir sie unterstützen. **Wir setzen uns auf Bundesebene für eine Neue Wohngemeinnützigkeit ein.** Damit die bessergestellt werden, die faire Mieten anbieten. Wichtige Verbündete sind auch die Gewerkschaften, mit denen wir für gute Arbeitsbedingungen und aktuell den Münchner Mindestlohn streiten. Unsere Verbündeten sind jedoch nicht die privat-wirtschaftlichen Akteur*innen, die selektiv nur die profitablen Güter der Daseinsvorsorge bereitstellen und damit die öffentlichen Träger mit den defizitären Bereichen alleine lassen. Wir lehnen die Ökonomisierung ab und drängen diejenigen aus den Bereichen der Daseinsvorsorge zurück, die Gewinne privatisieren und Kosten sozialisieren.
6. **Die Herausforderungen der Digitalisierung für die Daseinsvorsorge** Die Digitalisierung kann das Angebot der Daseinsvorsorge besser und den Zugang einfacher machen. Zum Beispiel kann man sich die Schlange am Fahrkartenselbstbedienungsautomaten sparen, nachsehen ob der Zug pünktlich ist oder der Personalausweis schon abholbereit ist. Diese Vorteile müssen genutzt und ausgebaut werden. Aber es gibt auch Gefahren. Die Plattformökonomie besetzt Kundenschnittstellen, um dort durch ihre Marktmacht über hohe Provisionen Gewinne abzuschöpfen. Dadurch werden entweder Produkte teurer oder die Produzent*innen oder Dienstleister*innen geraten unter Druck. Dies ist besonders schwierig, wenn es um die Daseinsvorsorge geht. Denn wir wollen weder, dass sich Menschen die Daseinsvorsorge nicht mehr leisten können oder dass es Abstriche bei der Qualität gibt. **Dies muss durch eigene öffentliche Angebote verhindert werden, auch um die Daten der Menschen zu schützen.** Der M-Login für städtischen Angebote oder die MünchenApp sind gute Wege dahin – diese müssen im Bereich der Daseinsvorsorge ausgebaut und verbessert werden. Wir dürfen diese Angebote nicht den globalen Playern wie Meta, Google oder Amazon überlassen. Gleichzeitig müssen Bund und Europäische Union die gesetzlichen Möglichkeiten schaffen, dass die Kommune die Daseinsvorsorge schützen kann.
7. **Faire, biologische und vor allem bezahlbare Lebensmittel** Vielen Menschen ist es wichtig Lebensmittel zu kaufen, die fair erzeugt wurden, die biologisch angebaut wurden und die den Tierschutz achten. Wer dies aktuell umsetzen will, braucht viel Zeit um sich zu informieren und ein gutes Einkommen. Wir wollen, dass alle Menschen sich gute Produkte leisten können. **Deshalb startet die SPD München eine Antragsinitiative zum Bundesparteitag für den Aufbau von Konsumgenossenschaften für die Mehrheit der Menschen.** Vor 100 Jahren waren die Konsumgenossenschaften selbstverständlicher Teil der Arbeiterbewegung. Eine der wichtigsten in München war der Konsumverein Sendling-München e.V., die 1886 gegründet wurde. 1929 hatte sie über 50.000 Mitglieder und ein eignes Kaufhaus im Rosental 16. 1933 wurde der Konsumverein von den Nationalsozialist*innen zerschlagen und nach dem Krieg nicht wieder gegründet. Dies traf nicht nur auf München zu, sondern auf ganz Deutschland. In anderen Ländern gibt

es sie noch, zum Beispiel die Migros in der Schweiz. Es ist an der Zeit, auch in Deutschland hieran wieder anzuknüpfen.

8. Wie verändert der Klimaschutz die Daseinsvorsorge

8.1 Wir schaffen die Energie- und Wärmewende Gerade um München bis 2035 klimaneutral zu machen, ist es wichtig demokratisch kontrollierte Stadtwerke zu haben. Nur dort kann die Kommunalpolitik direkt Einfluss nehmen. Und wir brauchen den Bundesgesetzgeber auf unserer Seite, denn auf vieles hat man als Kommune keinen Einfluss wie den Gebäudeenergiestandard bei privaten Projekten oder auf die Entscheidung welche Energie sie nutzen. **Ein wichtiger Baustein für uns zur Erreichung der Wärmewende ist der Ausbau der Geothermie für die Fernwärme, deshalb werden wir für weitere Standorte im Stadtgebiet sorgen.** Die Energie- und Wärmewende funktioniert nur, wenn wir deutlich mehr Energie einsparen. Deshalb wollen wir die Maßnahmen der Sanierung und Gebäudedämmung bei den Städtischen Wohnungsbaugesellschaften und Städtischen Gebäuden danach priorisieren, mit welcher Maßnahme wir das meiste CO₂ einsparen im Verhältnis zu den dafür anfallenden Kosten. **Wir stehen weiterhin zu Kohleausstieg und wollen ihn umsetzen, sobald die Versorgungssicherheit es zu lässt.** Wir werden in Zukunft auch über Kühlung reden, diese darf nicht durch den massenhaften Einsatz von Klimaanlage erfolgen. Wir müssen Maßnahmen treffen, um die Stadt zu kühlen ohne dafür Strom einzusetzen wie Dachbegrünungen, entsprechende Häuserfassaden, mehr Bäume und Grünflächen, die Versiegelung begrenzen und die Fernkälte durch die SWM ausbauen. **8.2 Wir organisieren Energiesicherheit neu** Der Strombedarf in München wird weiter steigen, u.a. durch E-Mobilität oder durch den Umstieg auf Wärmepumpen. Wir halten es nicht für umsetzbar den kompletten Strombedarf regional und erneuerbar in München zu produzieren. Vor allem da grüner Wasserstoff sehr lange nicht in ausreichenden Maß und bezahlbar zur Verfügung stehen wird. Es ist unser Ziel den maximal möglichen Ausbau erneuerbarer Energien auch regional umzusetzen. Dazu wollen wir alle möglichen Flächen für Photovoltaik nutzen. Dennoch wird München auf Stromtrassen aus Norddeutschland angewiesen sein und deutlich mehr Investitionen in die Energiesicherheit benötigen. Mit der Sozialdemokratie wird die Energiesicherheit Münchens dauerhaft gewährleistet sein.

9. **Die Stadt wächst: Wie schaffen wir gute Daseinsvorsorge für alle?** Nach aktuellen Prognosen werden bis 2040 1,845 Millionen Menschen in München leben. Damit die Daseinsvorsorge auch dann für alle da sein kann, wenn mehr Menschen den ÖPNV nutzen oder einen Kindergartenplatz suchen, **müssen wir die Priorität bei den Kommunal финанzen und bei den Flächen auf die Daseinsvorsorge legen.** Um München weiterhin für alle lebenswert zu gestalten, wird die Daseinsvorsorge mitwachsen müssen. Dabei sind Flächen das knappste Gut, das wir möglichst effizient nutzen müssen. Wir wollen Grünflächen schützen, denn für uns sind öffentliche Parks ein wichtiger Bestandteil der Daseinsvorsorge. Gleichzeitig brauchen wir den begrenzten Platz in unserer Stadt für andere Aspekte der Daseinsvorsorge wie Wohnen. Damit München lebenswert bleibt, dürfen die verschiedenen Bedürfnisse nicht gegeneinander ausgespielt werden. Um eine gute Planung zu gewährleisten wollen wir zum Beispiel durch den sozialen Bodenfonds mehr Flächen zurück in städtische Hand bringen. Und damit Politik gestalten kann, muss sie die Möglichkeit haben, jeden Einzelfall abzuwägen.

10. **Die Daseinsvorsorge darf keine Ware sein und nicht zur Ware werden.** Schon heute können sich viele Menschen ein Leben in München nicht mehr leisten und der Druck auf die existenziellen Güter und Leistungen steigt weiter an. Die Liberalisierungswellen der 80er, 90er und 2000er Jahre stellen die Daseinsvorsorge nach wie vor, vor große Herausforderungen. Viele Bereiche der Daseinsvorsorge stehen im Wettbewerb mit privaten Unternehmen und sind damit der Marktlogik unterworfen. Es ist gut, dass

München seine Daseinsvorsorge nie verkauft hat, und damit vergleichbar mehr Handlungsspielraum hat als andere Kommunen. Diesen müssen wir maximal nutzen, aber wir brauchen auch andere rechtliche Rahmenbedingungen, um die Daseinsvorsorge zu schützen und um die künftigen Herausforderungen für alle bestmöglich zu gestalten. **Wir fordern eine Diskussion in der Bundes SPD ein welche Bereiche der Daseinsvorsorge nicht im Wettbewerb stehen sollten und der Marktlogik entzogen werden müssen. Auch muss das Ziel immer sein, mit möglichst viel kommunalen Angeboten die Marktpreise möglichst positiv zu beeinflussen.**

Überweisen an

Oberbürgermeister, Stadtratsfraktion

2/1/2023

Beschluss

in geänderter Fassung angenommen

Smart City für Menschen statt Profite für Digitalkonzerne

Viele Menschen in Deutschland fordern, dass die Digitalisierung schneller vorangehen muss und dass Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern hinterherhinkt. Gleichzeitig verändert die digitale Transformation unsere Gesellschaft in vielen Fällen sehr grundlegend, ohne dass diese Veränderungen kritisch reflektiert werden. Deshalb ist es wichtig, dass wir als Gesellschaft ins Gespräch kommen und darum ringen, wie diese Transformation gestaltet werden soll. Wer profitiert von der Transformation, wer verliert? Wie verändert die digitale Transformation unser Zusammenleben, wie verändern sich Machtverhältnisse? Digital sein ist kein Selbstzweck, es geht nicht um die Frage, wie digital wir sind oder ob andere digitaler sind als wir. Die Frage ist, wie wir digital sind.

Für uns ist es dauernde Aufgabe der Sozialdemokratie dafür zu sorgen, dass technologischen Fortschritt und der daraus folgende Wandel der Produktionsbedingungen im Sinne der Beschäftigten gestaltet wird und die resultierenden Produktivitätsgewinne für die Gesellschaft im Interesse aller nutzbar sind. Wir haben in der Vergangenheit hier viel erreicht – aber auch noch viel zu tun. In der globalisierten und digitalisierten Welt von heute ist diese Aufgabe durch die enorme Geschwindigkeit des technologischen Wandels und seine Auswirkungen auf die gesamte Breite der Gesellschaft noch größer.

Die Digitalisierung bringt sowohl das Potential für Fortschritte und Effizienzsteigerungen als auch Herausforderungen und Risiken mit sich, wie z.B. den Verlust von Arbeitsplätzen und die Entwertung von Lebensläufen, die Gefahr, Menschen zu überfordern oder gar ihrer Freiheit zu berauben. Der technologische Fortschritt treibt einen grundlegenden Wandel der Produktionsverhältnisse an, der viele Berufsbilder und Lebensentwürfe dauerhaft verändert. Wird dieser Wandel im Sinne der Beschäftigten gestaltet, bietet er die Chance menschliche Arbeit in neuen Bereichen von repetitiven Tätigkeiten zu befreien und Freiräume für neue kreative Arbeit zu

öffnen. Die Sozialdemokratie will diesen Prozess so gestalten, dass er ein Gewinn für Alle wird und die ganze Gesellschaft mitnimmt.

Unsere Ansätze für die Smart City Munich

Die Ausprägung der Digitalisierung auf kommunaler Ebene ist die Smart City, die digitalisierte Stadt. Es gibt Chancen wie den rund um die Uhr möglichen Zugriff auf staatliche bzw. kommunale Dienstleistungen und Informationen, die Verknüpfung vieler städtischer Dienstleistungen, die Befreiung von Routinearbeiten und Zeit für mehr Hinwendung zu den Menschen und weniger Bürokratie. Außerdem kann die Smart City einen barrierefreien Zugang zu städtischen Dienstleistungen ermöglichen, Vernetzung und Schaffung von Freiräumen für Subkulturen fördern sowie die Teilhabe von Frauen und Familienfreundlichkeit stärken. Bürgerbeteiligung und Stadtgestaltung anhand der menschlichen Bedürfnisse sind ebenfalls Vorteile.

Messgeräte erheben die unterschiedlichsten Werte: von Wetterbedingungen über Emissionen und Schadstoffbelastungen, hin zu Verkehrsbewegungen oder Menschenströmen. Gemessen wird nicht nur ein, zwei Mal im Jahr an wenigen Orten, sondern großräumig im Minutentakt. Ein detailliertes digitales Abbild des Zustands und der Veränderung unserer Stadt entsteht und lässt Rückschlüsse auf die hier lebenden Menschen und ihre Gewohnheiten zu.

Die vielen Daten können dabei Fluch und Segen sein. Sie können zum Überwachungsstaat führen oder zu neuen bahnbrechenden Erkenntnissen in Medizin und Wissenschaft. Sie können mehr Nachhaltigkeit ermöglichen, zu höherer Lebensqualität und mehr Teilhabe genutzt werden. Oder wirtschaftlich mehr Wertschöpfung in geringerer Zeit ermöglichen und so unseren Wohlstand erhöhen. Wir wollen die Daten für gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt nutzen, sehen aber gleichzeitig die Gefahren, die damit verbunden sind und wollen diese eingrenzen.

Qualitativ gute Datenbestände sind ein begehrter Rohstoff. Wer darüber verfügt und die Verarbeitung beherrscht, kann enorme Profite erwarten; gleichzeitig liegt darin eine enorme gesellschaftliche Verantwortung, Ergebnisse zugunsten der Gesellschaft einzusetzen. Daher sind die Hoheit und die Verfügungsgewalt über die entstehenden Daten in der Smart City der entscheidende Faktor, der über den Nutzen für alle entscheidet. Denn auch die Risiken der Smart City sind nicht von der Hand zu weisen: der Wegfall von einfachen Arbeiten und vielen Arbeitsplätzen, die Monopolisierung der Produktivitätsgewinne durch wenige Konzerne und zu starkem Fokus auf die Tech-Branche, ohne dass die Gesellschaft davon profitiert. Es besteht die Gefahr einer Überwachung und der Verlust von Freiheit sowie einer Verringerung von Teilhabegerechtigkeit bei Bürger*innen, die dazu aus unterschiedlichsten Gründen nicht in der Lage sind.

Der einzige Garant für die verantwortungsvolle Nutzung kann allein der Staat selbst sein. Doch die Geschwindigkeit der gesellschaftlichen Veränderung lässt den Staat oft überfordert zurück. Der Staat ist herausgefordert, selbst effizient und dynamisch agieren zu können, um nicht im Systemwettbewerb zwischen Privat und Staat den Kürzeren zu ziehen.

Unsere Thesen zur Gestaltung der Digitalisierung

1. Technologischer Fortschritt muss für den gesellschaftlichen Fortschritt genutzt werden und allen zugutekommen, wobei der Fokus auf Bildung, Weiterbildung und digitaler Teilhabe liegen muss.
2. Die gestalterische Kraft und die Steigerung der Wertschöpfung dürfen nicht Konzernen überlassen werden, der Staat muss gestärkt und in die Lage versetzt werden, agil zu gestalten. Er muss digital souverän sein und resilient gegenüber Krisen sein.

3. Die gesteigerte Wertschöpfung muss über Steuern mit allen geteilt werden, auch und gerade mit jene*n, die benachteiligt werden, weil ihr Berufsfeld sich enorm verändert oder gar verschwindet.
4. Die Kommune in der Digitalisierung muss die Voraussetzungen schaffen und die Rahmenbedingungen definieren, die die Chancen der Smart City für alle Bürger*innen nutzbar machen.

Entscheidende Handlungsfelder sind die digitalen Netze, der Umgang mit digitalen Daten und deren Verarbeitung, sowie die Vermeidung eines digital gaps, einem digitalen Graben zwischen jenen, die die Digitalisierung nutzen und jenen, die bedroht sind, zurück gelassen zu werden.

Die Grundlage bildet das Internet. Entscheidend ist, dass die Infrastruktur der Digitalisierung allen mit hoher Geschwindigkeit zugänglich ist. Glasfaser und auch Mobilfunk muss deshalb entweder in öffentlicher Hand sein oder eng staatlich reguliert werden, um überall verfügbar gemacht zu werden.

Digitale Daten müssen ethisch genutzt werden und für Staat und Wissenschaft frei zugänglich sein. Datenschutz ist wichtig, er muss sicherstellen, dass persönliche Daten nur mit Zustimmung der Betroffenen genutzt werden dürfen. Weiter müssen im öffentlichen Raum generierte Daten für alle Bürger*innen frei verfügbar und im Rahmen von kostenlos nutzbaren Open Source Anwendung (Bsp.: OpenStreetMap) unkommerziell verarbeitbar sein. Dabei ist der Datenschutz kein Instrument, dass die Datennutzung verunmöglicht und deshalb über Bord geworfen werden müsste, im Gegenteil: er ist die notwendige Voraussetzung, um Vertrauen zu schaffen, dass kein Überwachungs- und Manipulationsinstrument aus den erhobenen Daten wird.

Von Menschen erdachte Algorithmen und Software verarbeiten die Informationen der Smart City. Sie lassen zu, dass wesentliche Prozesse in der Stadt von Computern gesteuert werden und diese Entscheidungen fällen. Mittlerweile ist Künstliche Intelligenz so weit gediehen, dass ihr enorme Fähigkeiten und damit gesellschaftlicher Einfluss zugesprochen werden. Es ist also unabdingbar, dass die Algorithmen und die darauf beruhenden Künstlichen Intelligenzen heutige gesellschaftliche Benachteiligungen nicht zementieren und reproduzieren dürfen, sondern vielmehr jede*n diskriminierungsfrei behandeln und transparent in ihrem Vorgehen sind. Die Verantwortung der Unternehmen und Entwickler*innen muss klar definiert und durchsetzbar sein, um ethische und gesellschaftliche Standards zu gewährleisten.

Unsere konkreten Forderungen für eine sozial gerechte Digitalisierung

- Die Stadtverwaltung nutzt konsequent die Möglichkeiten, die die Digitalisierung zur **Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern** bietet: Allen Bescheiden, Rechtsbehelfsbelehrungen und weiteren Unterlagen wird automatisch eine digitale „Übersetzung“ in leichte Sprache angehängt. Sodass auch komplexe juristische Sachverhalte verständlich kommuniziert werden auch wenn diese automatische Übersetzung selbst nicht rechtsverbindlich ist.
- **Netze in öffentlicher Hand.** Die Verfügbarkeit und der Zugang zu Infrastrukturen ist die Grundlage für die Teilhabe am digitalen Fortschritt. Dazu gehören Festnetzinternet (Glasfaserausbau durch M-Net), die Vision einer Mobilfunkinfrastruktur in städtischer Hand (z.B. bei der SWM/M-Net), sowie die Bereitstellung der Grundlagen für das sog. Internet of Things (via z. B. LoRaWAN), sowie auch die Sensoren und Messstellen in öffentlicher Hand oder unter staatlicher Aufsicht. Insbesondere die Gewerbesteuer muss angemessen abgeführt werden, um Kommunen entsprechend an den Gewinnen zu beteiligen. Wir werben weiterhin nicht aktiv um große Tech-Konzerne. Unser Ziel ist, die Münchner Mischung auch in Bezug auf Gewerbe zu erhalten. Das bedeutet, dass wir unterschiedliche Branchen, unterschiedliche Berufe und generelle Heterogenität in München wollen. Für die Ansiedlungen, die aufgrund der Attraktivität

Münchens entstehen, wollen wir eine Beteiligung der Tech-Konzerne. Dies ist nicht durch die "Schaffung von guten Arbeitsplätzen" getan. Wir nehmen sie in die Pflicht Werkswohnungsbau zu betreiben, Gewerbesteuer zu bezahlen, und Rücksicht auf gewachsene Sozialstrukturen der Stadt zu nehmen.

- **Digitale Teilhabe** in allen Altersgruppen und Sozialen- wie Einkommensschichten sichern und fördern, von Netzverfügbarkeit bis hin zum Umgang mit Smartphones, Tablets und Computern („digital literacy“)
- **Datensouveränität** auf kommunaler Ebene durchsetzen. Die Stadt als kommunale Gebietskörperschaft setzt die Rahmenbedingungen und schafft die regulatorischen Voraussetzungen für Datenerhebung und –nutzung im städtischen Raum, so dass die Verfügungsgewalt über die Daten in öffentlicher Hand verbleibt. Die Stadt und insbesondere zumindest der Wissenschaft muss allgemeiner Zugriff gewährt werden. Daten welche mit und durch Bürger*innen und deren Alltag erzeugt werden, müssen diesen frei zu Verfügung stehen.
- **Datensicherheit** verträgt dabei keine Kompromisse. Vom Design eines digitalen Prozesses bis hin zur ständigen Wartung achten wir durchgehend darauf diese zu gewährleisten.
- Datenbestände sollen anonymisiert als **Open Data** zur Verfügung gestellt werden
- Daten verarbeitende **Algorithmen und Software** (inkl. KI) müssen **diskriminierungsfrei** sein, um nicht Vorurteile zu reproduzieren und zu zementieren. Dazu müssen Formate gefunden werden, die alle gesellschaftlichen Gruppen einbeziehen und direkt ansprechen. Algorithmen und Software müssen in ihrer grundlegenden Handlungslogiken transparent nachvollziehbar sein und sollten daher Open Source sein, zumindest gegenüber einer staatlichen Stelle überprüfbar offengelegt werden
- Staatlich entwickelte Software sollte dem Prinzip „**Öffentliche Gelder, öffentliche Software**“ folgen (engl. „Public money, public code“)
- **Datenschutz** ist ein Grundrecht und schafft Vertrauen.
- Bildung und Weiterbildung befähigt die Menschen zum souveränen selbst bestimmten Umgang mit der Digitalisierung, insbesondere auch im Berufsleben
- Eine Individualisierung der Bildung mittels technologischem Fortschritt wird vorangetrieben. Sie lässt gerade für schwächere Schüler*innen eine Eins-zu-Eins-Förderung ohne Abwertung zu.
- Die Stadtplanung, Verkehrssteuerung und andere politische Steuerungsinstrumente müssen konsequent die Nutzung digitaler Daten mitdenken und einsetzen. Grundlagen dafür muss der Staat ggf. selbst schaffen (Luftbilder, 3D-Modelle, Simulationen, ...)
- Die öffentliche Hand bietet auf eigenen öffentlichen Plattformen eigene digitale Daseinsvorsorge an
- Dort wo notwendig, stellt die Stadt digitale Endgeräte für die Mitbürger*innen zur Verfügung.
- Die Gesellschaft wird ressourcenschonender, weil mit digitaler Planung bessere Bedarfsschätzungen erstellt werden können. Dies führt zu niedrigeren Rohstoffkosten und damit niedrigeren Verbraucherpreisen.
- An der Wertschöpfung der Tech-Konzerne muss die Gesellschaft über Steuern adäquat beteiligt werden
- Die öffentliche Hand muss wieder attraktiver gemacht werden, um für die besten Köpfe eine attraktive Arbeitgeberin zu sein.

- Niemand muss Angst haben, dass die Arbeitskraft in Zukunft durch die Digitalisierung verdrängt wird. Vielmehr brauchen wir die Beschäftigten für die Aufgaben, die einen direkten Nutzen für die Bürger*innen schaffen.

Thesen zur Nichtnutzung

- Eine dauerhafte anlasslose Überwachung aller und der damit drohenden Manipulation muss unterbunden bleiben
- Menschen, deren Berufsbilder verschwinden, werden nicht allein gelassen, sondern am gesellschaftlichen Gewinn aus der Digitalisierung beteiligt, und erhalten Weiterqualifikationsmöglichkeiten
- Datenakkumulation in der Hand nur weniger Konzerne wird verhindert
- Offen zugängliche Daten (Open Data), auch von Unternehmen gesammelter Daten, muss hinsichtlich der Offenlegung klug geregelt werden.
- Versicherungsunternehmen müssen diskriminierungsfrei agieren. (Schadens-)Daten dürfen nicht genutzt werden, um nur noch risikoarme Kund*innen aufzunehmen.

Wir begreifen den technologischen Fortschritt als Chance, um die Lebensqualität und den gesellschaftlichen Fortschritt zu verbessern. Dabei müssen jedoch die negativen Auswirkungen auf die Gesellschaft und individuelle Freiheit minimiert werden. Der Staat – und natürlich auch wo es geht die Stadt – muss dabei eine entscheidende Rolle spielen, um die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu setzen und die Verantwortung der Unternehmen und Entwickler*innen zu regulieren.

Überweisen an

Oberbürgermeister, Stadtratsfraktion

3/1/2023

Beschluss

in geänderter Fassung angenommen

Der Einfluss der Politik auf die Transformation – als Stadt verändern wie produziert wird?

Die Welt ist im Umbruch – und mit ihr wie Wohlstand erzeugt wird und unter welchen Bedingungen das geschieht. Nicht nur die Auswirkungen der Pandemie und der Russische Angriffskrieg auf die Ukraine haben verdeutlicht: Krisenhafte Erscheinungen wechseln einander immer rascher ab und verstärken das Gefühl von Unsicherheit. Die wachsende globale Ungerechtigkeit und das globale Bevölkerungswachstum erfordert eine grundlegende Veränderung der Art und Weise, wie wir wirtschaftliches Wachstum organisieren, wie wir endliche Ressourcen verteilen, was und unter welchen Bedingungen wir produzieren. Der Klimawandel macht das aktive Vorantreiben der sozial-ökologischen Transformation unabdingbar.

Diese sozial-ökologische Transformation erfordert eine gemeinsame Kraftanstrengung allen staatlichen Ebenen, Unternehmen, Gewerkschaften, Zivilgesellschaft und Einzelpersonen. Es geht um die politische Organisation von gerechtem Fortschritt – darum, die oftmals scheinbar widersprüchlichen Anforderungen von sozialer Gerechtigkeit, wirtschaftlicher Entwicklung und Umweltschutz in Einklang zu bringen. Dabei sind Städte die Herzkammern der Transformation hin zu einer sozial-ökologischen Lebens- und Produktionsweise. Hier leben die meisten Menschen, hier entstehen die größten Herausforderungen für nachhaltiges Wachstum, hier sind die Anforderungen an Raum und der Umgang mit Ressourcen am größten – gleichzeitig in den großen Städten sind auch besonders viele sehr gut ausgebildete Menschen und besonders viel Potential für kreativen Wandel.

Bei der Transformation der Wirtschaft gibt es eine Reihe von Herausforderungen, die bei der Gestaltung von Fortschritt beachtet werden müssen, darunter:

- **Demokratisierung und Mitbestimmung:** Transformation kann nur mit den Beschäftigten gelingen. Die Transformation ist mehr als nur eine weitere industrielle Revolution, sie ist für uns auch ein Gesellschaftsprojekt unsere Wirtschaft so umzubauen, dass Gemeinwohlinteressen vor den Profitinteressen weniger Einzelner stehen und Wachstum ohne die grenzenlose Ausbeutung von menschlicher Arbeitskraft und natürlichen Ressourcen möglich wird. Dazu gehört auch die Verschiebung von Eigentum an Produktionsmittel in die öffentliche Hand und in die Hände der Arbeiter*innen
- **Dekarbonisierung, Ausbau der erneuerbaren Energien und tragfähige Energiepreise:** Die Transformation der Wirtschaft muss eine Senkung der Treibhausgasemissionen beinhalten, um eine Klimakatastrophe zu verhindern. Gleichzeitig wollen wir Veränderungen im Strommarktdesign auf europäischer Ebene und hilfsweise preisdämpfende Maßnahmen für die Stromkosten der energieintensiven Betriebe und Gewerbe.
- **Digitalisierung:** Die Digitalisierung verändert die Wirtschaft – wir wollen, dass der Prozess der digitalen Transformation eine effizientere und nachhaltigere Wirtschaft ermöglicht und gleichzeitig sichergestellt wird, dass alle Bevölkerungsgruppen Zugang zu digitalen Technologien haben und von ihnen profitieren.
- **Resilienz und weitere globale Entwicklung:** Es bedarf einer Verringerung der Abhängigkeiten von globalen Märkten und eine Diversifizierung der Lieferketten. Eine Stärkung des gemeinsamen europäischen Binnenmarktes kann auch dazu beitragen, lokale Wirtschaften zu stärken und soziale und ökologische Nachhaltigkeit zu fördern. Insbesondere die Sicherstellung der Verfügbarkeit von wichtigen Rohstoffen ist eine wichtige Aufgabe.
- **Demographie:** Die Veränderungen in der Altersstruktur der Bevölkerung haben Auswirkungen auf die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt. Es müssen daher sinnvolle Maßnahmen ergriffen werden, um die Folgen dieser Veränderungen zu bewältigen.
- **Verändertes Konsumverhalten:** Durch die oben genannten Faktoren ändert sich auch das Konsumverhalten der Gesellschaft. Zum einen ändern sich die Wege, wie Menschen Produkte und Dienstleistungen beziehen. Zum anderen ändern sich aber auch die Konsumwünsche selbst, so z.B. in Fragen der Mobilität.
- **Neues Normalarbeitsverhältnis:** Der 8-Stunden-Tag und die 5-Tage-Woche sind gewerkschaftliche Erfolgsgeschichten. Jedoch sind diese vor mehreren Jahrzehnten die erkämpft worden, als der Alleinverdiener noch als „normal“ galt. Diese Zeiten haben sich geändert, jedoch das Normalarbeitsverhältnis nicht. Benachteiligt sind vor allem junge Menschen, FacharbeiterInnen aus dem Ausland und besonders Frauen. Deshalb setzen wir uns für einen einfacheren Einstieg in das Berufsleben von Expats mit einer

fairen Exit-Option ein, eine Ausbildungsgarantie mit Ausbildungsplatzumlage, Lebensphasenorientierte Arbeitszeiten + -Auszeiten mit der Orientierung 30-Stunden-Woche und Anspruch auf 4-Tage-Woche.

Was das für unsere Stadt bedeutet:

In einer Stadt wie München werden alle Wirtschaftszweige den Herausforderungen der Transformation stellen müssen, Dienstleistungen wie innerstädtische Warenhäuser und Geschäfte ebenso, wie Handwerk und Industrie. Besonders das produzierende und verarbeitende Gewerbe, sowie Handwerksbetriebe werden große Veränderungen in der Arbeitsmarkt-, Industrie-, Wirtschafts- und Standortpolitik erleben. 2020 gab es in München 27.689 Unternehmen und 267.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im produzierenden Gewerbe und 7.905 Handwerksbetriebe (2021) mit 71.000 Beschäftigten. Die Bruttowertschöpfung des produzierenden und verarbeitenden Gewerbes in München lag bei knapp 41 Mrd. Euro.

München ist dank der jahrzehntelangen sozialdemokratischen Politik eine erfolgreiche Industriestadt und soll das auch in der Zukunft sein. Die Arbeitsplätze und der Unternehmenserfolg in Industrie und Handwerk sind das Rückgrat einer wirtschaftlich starken Stadt. In Industrie und Handwerk sind besonders viele gute Arbeitsplätze mit Tarifbindung und gewerkschaftlicher Mitbestimmung zu finden. Der breite Branchenmix begünstigt eine stabile Entwicklung. Die Sozialdemokratie wird daher mit aller Kraft daran arbeiten, dass München sich als Industriestandort fortentwickelt und Arbeitsplätze in der Fertigung auch weiter innerhalb des Münchner Stadtgebiets erhalten bleiben und zusätzlich entstehen können. Eine zukunftsfähige Verkehrsanbindung der Industriestandorte, zB des BMW-Werk bedeutet für uns automatisch *auch* den Ausbau des ÖPNV und der Schiene. Der auf der Straße verbleibende Transport von Produktionsgütern wird immer zuerst durch eine Reduktion des Individualverkehrs gewährleistet und erst dann durch den Ausbau der Straßeninfrastruktur. Wir stärken auch weiterhin München als Brauereistandort.

Eine starke Stadt gibt es nur mit wirtschaftlichem, sozial gerechtem und ökologischem Fortschritt. Damit München mit seiner vielfältigen Landschaft an großen, mittleren und kleinen Unternehmen diese Transformation meistert, brauchen wir eine neue kommunale Industrie- und Wirtschaftspolitik. Diese Politik gestaltet die SPD – an der Seite der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für die Zukunft unserer Stadt.

Konkrete Handlungsvorschläge:

Masterplan Transformation München: Wir sorgen für die Entwicklung eines Masterplans, der zusammen mit allen industriepolitisch relevanten Akteuren entwickelt wird und der den Status-quo, Bedarfe und Handlungsfelder hinsichtlich der sozial-ökologischen Transformation aufzeigt und konkrete Maßnahmen zum Erhalt der Arbeitsplätze im produzierenden und verarbeitenden Gewerbe in München ableitet. Der Masterplan soll zur Sichtbarmachung der industriellen Stärken Münchens beitragen und Schwachstellen identifizieren. Angesichts der Auswirkungen der Pandemie erhoffen wir uns Beiträge zur Resilienz des Wirtschaftsstandorts Münchens. Wir erwarten, dass der Masterplan die in München vorhandene innovative Zukunftsförderung weiter ausbaut und stärken wird. Um die Notwendigkeit der sozial-ökologischen Transformation im Bewusstsein der städtischen Entscheidungen zu stärken, werden wir überdies zukünftig alle Maßnahmen auf ihre Auswirkungen auf die Transformationsfähigkeit Münchens hin prüfen.

Management von Gewerbegebieten und Industriegebieten: Wir werden das Management von Gewerbe und Industriegebieten neu aufsetzen. Die Münchner Mischung ist einzigartig und Grundlage für ein gelingendes Zusammenleben und den sozialen Zusammenhalt in unserer Stadt. Die Tendenzen der Gentrifizierung treffen nicht nur Mieter*innen, sondern auch Unternehmen. Und München darf keine Stadt werden, in der nur Büro-, Handels-, Dienstleistungs- und ähnlichen Berufe ihren Platz haben. Vielmehr ist es für eine gelungene

städtische Entwicklung von hoher Relevanz, dass – abgestimmt innerhalb der Region – weiterhin neue Gewerbeflächen entstehen und sich auch weiterhin Industrie und handwerkliche Betriebe in München ansiedeln können.

Kommunale Transformationsagentur: Die Landeshauptstadt München gründet eine eigene Kommunale Transformationsagentur als Ansprechpartner für Unternehmen, Beschäftigte und Soloselbständige als 1-step-agency mit den Aufgaben Sensibilisierung, Lotsenfunktion/Beratung, Zukunftsradar, Dialog, Transformationsbegleiter, Fördermonitoring und Netzwerk. Dabei werden alle relevanten Referate der Münchner Stadtverwaltung ebenso eingebunden, wie Gewerkschaften, IHK, Handwerkskammer, SWM, SSKM, sowie weitere Akteure. Insbesondere KMUs und Handwerksbetriebe sollen durch die kommunale Transformationsagentur unkompliziert eine umfassende Beratung zu allen transformationsrelevanten Fragestellungen erhalten können.

Wasserstoffversorgung von Industrie und Handwerk: Während in den meisten Fällen die Wende hin zu klimaneutralen Energieträgern durch grünen Strom abgebildet werden kann, wird es dennoch weiterhin Produktionsprozesse geben, die entweder ausschließlich oder zumindest effizienter und effektiver durch Wasserstoff gespeist werden. Dafür sind Produktion und Versorgung mit Wasserstoff für und in München sicherzustellen. Die Stadtwerke sollen daher zeitnah Lösungswege für die Wasserstoffproduktion und die Bereitstellung von Wasserstoff über Leitungsnetze nach und in München planen, projektieren und umsetzen. Die Stadtspitze unterstützt die Stadtwerke dabei bürokratische und regulatorische Hemmnisse, insbesondere auf nationaler und europäischer Ebene, zu beseitigen.

Taskforce Transformationsfinanzierung: Auf Einladung des Oberbürgermeisters wird eine Taskforce Transformationsfinanzierung gebildet, bestehend aus Vertretern der Stadtparkasse, der Münchner Geschäftsbanken, der Förderbanken und Beteiligungsgesellschaften, wie der Bayerischen Beteiligungsgesellschaft, die Finanzierungsoptionen für Münchner Betriebe entwickeln, die auf Grund des Umbaus von Fertigungsprozessen, der Energieversorgung oder anderer transformationsbedingeter Umstellungen einen besonderen Kapitalbedarf haben.

Taskforce Fachkräftemangel: Durch die sozial-ökologische Transformation werden sich viele Berufsbilder ändern. Sie ist eine Herausforderung für Arbeitnehmer*innen und künftige Arbeitssuchende. Veränderte Anforderungen an die Qualifikationen fordern auch die städtischen Bildungsträger (wie z.B. die Volkshochschule) gezielte Angebote zu entwickeln. Beschäftigte müssen sich um- und weiterqualifizieren. Gleichzeitig stellt bereits jetzt der Fachkräftemangel ein großes Problem für die Münchner Unternehmen dar. Unter Federführung des Oberbürgermeisters wird daher eine Taskforce Fachkräftemangel gebildet, die Unternehmen, Unternehmensverbände, Betriebsräte, Gewerkschaften, aber auch das Referat für Bildung und Sport, kommunale Bildungsträger, wie die Volkshochschule, freie Bildungsträger, die Agentur für Arbeit und weitere relevante Akteure einbindet, um Konzepte für berufliche Qualifikation, lebenslanges Lernen, Aktivierung des brachliegenden Arbeitskräftepotentials bei Frauen, Sonderprogramme für Schulabbrecher:innen entwickelt und diese auf die vorhandene Struktur des Münchner Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramms (MBQ) anpasst. Zusätzlich wollen wir Studienabbrecher:innen ein Angebot für eine betriebliche Ausbildung machen inkl. Anreize wie Azubiwohnheimplatz. Um internationalen Fachkräften den Start in München zu erleichtern, setzen wir uns weiterhin für das Willkommenszentrum für internationale Fachkräfte sowie für mehr Sprachförderungsangebote und den Ausbau mehrsprachiger Kitas ein.

Vorreiterrolle der städtischen Beteiligungen und Gesellschaften: Die Unternehmen und Beteiligungen der Landeshauptstadt München, wie GWG/Gewofag, Flughafen, Messe, SWM, MVG, SSKM oder AWM müssen

Gestalterinnen und Vorreiterinnen einer sozial-ökologisch betriebenen Transformation sein und best-practice-Beispiele geben. Stadt und Gesellschaften sind insbesondere Vorbild für gute Arbeit entlang der Wertschöpfungskette. Deshalb wird sich die SPD München im Stadtrat für eine Vergabesatzung einsetzen, die die Auftragsvergabe an die Tariftreue der beteiligten Unternehmen und Subunternehmen knüpft.

Industrielle Kreislaufwirtschaft: Die AWM entwickelt zusammen mit den jeweiligen Betrieben individuelle Konzepte für eine lokale industrielle Kreislaufwirtschaft und koordiniert dabei Synergien zwischen einzelnen Betrieben und Produktionsprozessen. Dafür sind Stellen für entsprechende Fachpersonen innerhalb der AWM vorzuhalten.

Identität Münchens als Standort von Produktion und Industrie: Transformation ist Teilhabe und mehr als was hinter Werkstoren passiert. Das Eigen- und Fremdbild Münchens ist seit jeher auch durch die Arbeit in und für Industrie und Handwerk, durch die Geschichte der Arbeiter:innenbewegung und die Industriegeschichte geprägt. Transformation kann nur gelingen, wenn sie auch kulturell und emotional von den Münchner:innen begleitet wird. Hierfür muss auch bedeutend mehr Fokus auf das Kleingewerbe gelegt werden, das mehr Unterstützung für bezahlbare Gewerbemieten und eine Entbürokratisierung braucht. Das Kulturreferat soll daher in Zusammenarbeit z.B. mit dem Archiv der Münchner Arbeiterbewegung, Formate zur kulturellen Begleitung dieses Wandels entwickeln.

Ein Blick über München hinaus

Eine erfolgreiche Transformation kann auch in München nur gelingen, wenn alle Ebenen gut zusammenarbeiten. Aus diesem Grund ist auch ein Blick über München hinaus auf den Freistaat, die Bundesebene und die Europäische Union nötig, um gut ineinandergreifende Regelungen zu finden.

- **Bürokratieabbau:** Eine wichtige Bedingung für eine erfolgreiche Transformation ist der Abbau von überflüssiger Bürokratie und dem Erreichen besserer Rechtsetzung. Das betrifft alle drei Ebenen von Freistaat bis zur EU. Natürlich kann nicht alles, was eine Belastung darstellt, auch weg. Es gibt durchaus sinnvolle Bürokratie, aber vieles muss schnell vereinfacht und verbessert werden. Es braucht hier eine ganzheitliche und vollzugsbezogene Betrachtung, damit die Unternehmen es auch in ihrem Alltag spüren und die eingesparten Arbeitsstunden und Kosten für die Bewältigung der Transformation einsetzen können.
- **Vergabeverfahren:** Viele Bereiche der Wirtschaft sind abhängig von öffentlichen Vergabeverfahren und Ausschreibungen auf allen Ebenen. Es muss uns ein Anliegen sein, die Beteiligungsmöglichkeiten von kleinen und mittleren Unternehmen an Vergabeverfahren zu stärken, die Verfahren zu vereinfachen und breiter aufzustellen. Dabei sollten der Freistaat und der Bund Tarifbindung als Voraussetzung für die Teilnahme an Vergabeverfahren machen. So können wir sicherstellen, dass auch in der Transformation gute Beschäftigung der Standard bleibt.
- **Förderprogramme und Investitionszuschüsse:** Freistaat, Bund und die EU haben eine Vielfalt an Förderprogrammen und Investitionsmöglichkeiten für Unternehmen in der Transformation. Das ist gut und eine wichtige Voraussetzung – gerade zur Entwicklung von neuen Technologien und zur Qualifizierung der Beschäftigten. Die Programme sind jedoch oftmals vertrackt, greifen nicht gut ineinander und schließen zum Teil eine Förderung auf einer anderen Ebene aus. Hier müssen die drei Ebenen besser abgestimmt agieren um Doppelförderung zu vermeiden und zielgerichteter zu unterstützen. Insbesondere Förderungen zur Qualifizierung müssen zudem ausgebaut werden. Förderung darf aber auch Bedingungen voraussetzen. Wer von Investitionsprogrammen, Subventionen oder Förderprogrammen profitiert, muss tariflich organisiert sein, Elemente der Mitbestimmung stärken und den Beschäftigten einen guten

Lohn, sowie gute Arbeitsbedingungen bieten. Auf europäischer Ebene erwarten wir zudem eine Antwort auf den Inflation Reduction Act der USA, der unsere heimischen Unternehmen über u. A. Abschreibungen und Klimaschutzverträge ermöglicht, die Produkte der Zukunft zu entwickeln und den Standort im weltweiten Wettbewerb zu stärken. Eine stärkere regionale Strukturförderung ist hier ein wichtiger Bestandteil.

- **Infrastrukturausbau:** Planungs- und Genehmigungsverfahren stehen insbesondere dem Infrastrukturausbau sowie dem Aus- und Umbau von Industrieanlagen, der für eine klimaneutrale Produktion unabdingbar ist, im Weg. Wir fordern deshalb, die Verfahren dort, wo es möglich und sinnvoll ist, deutlich zu beschleunigen. Dass es auch in Deutschland schneller geht, hat der Ausbau der LNG-Terminals gezeigt – Olaf Scholz spricht hier vom „neuen Deutschland-Tempo“; Dem muss sich auch der Freistaat anschließen.

Wir fordern:

- **StartUps:** Die StartUp-Landschaft in Deutschland benötigt einen besseren Rahmen. Hierzu müssen alle Ebenen von der Stadt bis zur EU gemeinsam ihre Regelwerke und Förderprogramme verbessern. Eine Verbesserung über One Stop Shops, Zugang zu Wagniskapital und Innovationsförderung erwarten wir dabei insbesondere vom Freistaat und dem Bund. Zudem eine stärkere finanzielle Beteiligung seitens des Bundes an den Kosten des Angebots- und Qualitätsausbaus im ÖPNV sowie Sanierung und Ausbau der Schieneninfrastruktur. Nur mit guter Infrastruktur kann die Transformation gelingen.
- **Wandel der Arbeitswelt:** Der Bund steht vor vielerlei verschiedene Aufgaben, um den Wandel der Arbeitswelt zu gestalten. Wir wollen das Betriebsverfassungsgesetz so weiterentwickeln, dass Betriebsräte und ihre Gremien auch über die Art der Produktion, Investitionen, die Erreichung von Klimaneutralität und den Umgang mit Ressourcen demokratisch entscheiden. Die Beschäftigten selbst haben das größte Interesse daran, dass ihr Arbeitsplatz und ihr Arbeitsinhalt so weiterentwickelt wird, dass er einerseits erhalten wird und andererseits einen gesellschaftlich sinnvollen und damit auch klimaschützenden Zweck erfüllt. Das Interesse der *Kapitaleigner*innen* und Aktionäre steht dem sogenannten „Gemeinwohl“ im Widerspruch gegenüber. Es gilt daher, mit dem Instrument der Demokratisierung deren Interessen zu schmälern und letztlich überflüssig zu machen. *Im Rahmen dieses Prozesses gilt es, Schutzstandards für Beschäftigte insbesondere mit Blick auf Arbeitszeiten und psychische Belastung in der neuen Arbeitswelt zu stärken und über einen stärkeren Einsatz für mehr Selbstbestimmtheit die Gleichstellung der Geschlechter, der Stärkung von Weiterbildungsmöglichkeiten bis hin zur Verstärkung der Schutzstandards für Beschäftigte zu erreichen.* Auch muss die enorme Produktivkraftentwicklung der vergangenen Jahre endlich zur Reduktion der Wochenarbeitszeit auf maximal 30 Stunden führen. Aber auch im Bereich der Fachkräfte muss der Bund mehr tun. Wir konkurrieren mit vielen anderen Ländern und Regionen um internationale Fachkräfte. Hier muss der Bund einen erleichterten Zuzug von internationalen Fachkräften sowie eine unkompliziertere Anerkennung ihrer Qualifikationen ermöglichen.

Überweisen an

Oberbürgermeister, Stadtratsfraktion